



**23. Juni 2016**

**CDU**

## **59. Parlaments – Postille**



**Sehr geehrte  
Damen und Herren,  
liebe Freunde,**

in dieser Woche haben wir wichtige Gesetzesvorhaben entscheidend vorangebracht, wie die Erbschaftsteuerreform, bei der wir gegenüber dem Regierungsentwurf Weiterentwicklungen erreicht

haben, die den Bestand vor allem mittelständischer Familienunternehmen weitergehend schützen und den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze umfassender sicherstellen.

Auch beim sogenannten Fracking konnte nach langen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt werden. Grundsätzlich ist unkonventionelles Fracking, also die Erdgasgewinnung aus Schiefer-, Ton- oder Mergelgestein zukünftig verboten. Hierbei haben wir uns gegen die Vorschlag der SPD-Minister Gabriel und Hendricks durchgesetzt. Bundesweit sollen aber bis zu vier Probebohrungen zur Erforschung der Auswirkungen dieser Fracking-Methode möglich werden. Die Probebohrungen bedürfen jedoch der Zustimmung der jeweiligen Landesregierungen.

Die Entscheidung der Mehrheit der Briten für einen EU-Austritt ist ein schwerer Schlag für Europa. Am heutigen Freitag gibt dazu eine Sonderfraktionssitzung, am Dienstag wird der Bundestag zu einer Sondersitzung zusammentreffen.

Ihre  
  
Ingrid Pahlmann MdB

### **Schutzgesetz gegen unkonventionelles Fracking**

2021 wird der Deutsche Bundestag noch einmal über das Verbot entscheiden. Das konventionelle Fracking, also die Erdgasförderung aus Sandsteinschichten, die vor allem in Niedersachsen schon seit Jahrzehnten erfolgt, bleibt generell möglich. Im Vergleich zum gemeinsamen Entwurf von Bundesumweltministerin Barbara Hendriks und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (beide SPD) allerdings unter wesentlich verschärften Bedingungen. Künftig sollen die Bohrungen nicht nur durch Bergrecht sondern auch durch Wasserrecht reguliert werden. Natur- und Wasserschutzgebiete sowie Gebiete, die für die Trinkwassergewinnung von Bedeutung sind, erhalten mit der Neuregelung noch mehr Schutz als bislang vorgesehen. Darüber hinaus kommt die Beweislastumkehr bei der Bergschadenshaftung auch bei durch die Erdgasförderung verursachten Erdbeben.

### **Bundesbericht Forschung und Innovation**

Die aktuelle Situation im Bereich Bildung und Forschung ist sehr erfreulich: niemals zuvor wurde in Deutschland so viel in Forschung und Entwicklung investiert wie heute. Die Ausgaben dafür erreichten 2014 einen Rekordwert von fast 84 Mrd. Euro. Mittlerweile gehören wir zur internationalen Spitzengruppe bei Forschung und Innovation. So bescheinigt uns u.a. das Weltwirtschaftsforum höchste Wettbewerbsfähigkeit und listet Deutschland sogar auf Rang vier von 140 Ländern. Deutsche Forscher gehören in ihren jeweiligen Disziplinen vielfach zur Weltspitze. Aber auch in der Breite tragen unsere Wissenschaftler maßgebend dazu

bei, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit in unserem Land zu erhalten und damit unseren Wohlstand von morgen zu sichern. Das Gleiche gilt für die Wirtschaft: Deutsche Unternehmen produzieren auf technisch hohem Niveau, insbesondere in den Paradebranchen Automobilindustrie und Maschinenbau.

Wir sind im internationalen Wettbewerb also gut aufgestellt, müssen uns aber weiter anstrengen, um dauerhaft an der Spitze zu bleiben. Die internationale Konkurrenz holt auf oder ist uns in einigen Bereichen sogar voraus, z.B. bei der Digitalisierung - Stichwort: Industrie 4.0 - oder der Nutzung von Big Data. Auch sind wir ein wenig zögerlich bei Investitionen und der Etablierung von neuen Geschäftsmodellen. Der Bund wird sich deshalb zukünftig noch stärker in der Förderung von Schlüsseltechnologien engagieren. Wir begrüßen es sehr, dass Bundesforschungsministerium Wanka ein Förderprogramm für die Stärkung der Mikroelektronik aufgelegt hat. Bis 2020 werden allein hier 400 Mio. Euro investiert.

Bisweilen dauert es aber noch zu lange, bis aus Ergebnissen der Forschung erfolgreiche Innovationen werden. Bestes Beispiel hierfür ist die Medizintechnik. Wenn wir hier den Transfer von der Grundlagenforschung zur Anwendung verbessern, dann kommt das der Patientenversorgung zugute. Damit fördern wir auch innovative Unternehmen, gerade im Mittelstand. Genau hier setzt das neue Fachprogramm des Ministeriums „Patientenversorgung verbessern - Innovationskraft stärken“ an, das in den ersten fünf Jahren mit 240 Mio. Euro ausgestattet sein wird.

### **Diskussion bei der Stiftung Mitarbeit**

Wie sollen Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingsintegration funktionieren?



### **Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung**

Zum zweiten Mal gedenken wir der Millionen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat fliehen mussten oder vertrieben wurden. Mit einer Gedenkstunde im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums würdigen wir die Opfer. Sie haben einen großen Beitrag zum Wiederaufbau unseres Landes geleistet.



### **Erbschaftssteuerreform**

Bei der Neuregelung des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts entlasten wir noch mehr Unternehmen von Bürokratie. Erben kleinerer und mittelgroßer Firmen können nach wie vor weitgehend von der Erbschaftsteuer befreit werden. Voraussetzung dafür ist, dass sie das Unternehmen und die Arbeitsplätze erhalten. Dies erleichtert den Generationenwechsel in Unternehmen. Die Bagatellgrenze bei der Lohnsummenregelung wird allerdings strenger gefasst. Betriebe mit bis zu fünf Arbeitnehmern müssen weiterhin keinen Nachweis zum Erhalt der Arbeitsplätze geben. Bisher galt dies für Betriebe bis 20 Arbeitnehmer. Saisonarbeiter bleiben bei der Bestimmung der Beschäftigtenzahl unberücksichtigt. Geplante Investitionen werden durch die Steuer ebenfalls nicht gefährdet. Diejenigen Mittel aus dem Nachlass, die innerhalb von zwei Jahren in das Unternehmen investiert werden, werden ebenfalls steuerlich begünstigt. Auch die Bewertung des übertragenen Vermögens wird im Kontext der Niedrigzinsphase realitätsnäher geregelt.

Mit der neuen Erbschaftsteuer stellen wir sicher, dass der deutsche Mittelstand auch weiterhin investieren und Arbeitsplätze sichern kann. Wir schaffen so Rechtssicherheit, damit die Unternehmen im Übergang für die Zukunft planen können. Die gefundene Einigung hat allen Beteiligten Kompromisse abgefordert. Wir erwarten, dass jetzt auch der Bundesrat kurzfristig zustimmt.



## Ein Jahr Elterngeld Plus

Am 1. Juli wird das ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus ein Jahr alt. Die neue Regelung kommt gut bei den Familien an: Nach neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist die Inanspruchnahme des ElterngeldPlus erneut gestiegen. Im ersten Quartal 2016, ein Dreivierteljahr nach Einführung der neuen Leistung, haben sich insgesamt 17,4 Prozent der Eltern für das ElterngeldPlus entschieden. In Thüringen waren es sogar 28,3 %, gefolgt von Rheinland Pfalz mit 23,2 % und Niedersachsen mit 22,1 %. Im vorangegangenen Quartal waren es bundesweit noch 16 Prozent der Eltern, die sich für das ElterngeldPlus entschieden hatten.

Das von der damaligen Bundesfamilienministerin von der Leyen eingeführte Elterngeld war ein riesiger Erfolg. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken und gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden haben wir daher im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass das Elterngeld weiterentwickelt wird und mehr Zeit für die Kinder, mehr Flexibilität beim Wiedereinstieg in den Beruf und mehr Wahlmöglichkeiten bietet.

Nach Allensbach-Daten vom Mai 2016 bewerten rund 1 Jahr nach Einführung des ElterngeldPlus knapp drei Viertel der Eltern mit minderjährigen Kindern (73%) und zwei Drittel der Bevölkerung (67%) dieses als gute Regelung. Eltern können künftig nicht mehr 14, sondern bis zu 28 Monate Elterngeld beziehen, wenn sie Teilzeit arbeiten. Väter und Mütter, die für die Kinderbetreuung beide gleichzeitig auf Teilzeit gehen bekommen einen Partnerschaftsbonus von vier zusätzlichen Elterngeld-Plus-Monaten.

## Staatsanleihenkauf durch die EZB verfassungskonform

Das Bundesverfassungsgericht hat den Grundsatzbeschluss der Europäischen Zentralbank zum Kauf von Staatsanleihen für rechtens erklärt. Die EZB hat am 6. September 2012 mit dem OMT-Programm (Outright Monetary Transactions) ein Instrument beschlossen, mit dem das Europäische System der Zentralbanken in vorab unbeschränktem Ausmaß Ankäufe kurzfristiger Anleihen von Staaten im Euro-Währungsgebiet durchführen kann. Bisher wurde von diesem Instrument noch kein Gebrauch gemacht.

Gemäß Bundesverfassungsgericht darf die Deutsche Bundesbank sich an der Durchführung des OMT-Programms unter vom Europäischen Gerichtshof definierten Maßgaben beteiligen: Die Ankäufe dürfen nicht angekündigt werden,

das Volumen der Ankäufe muss im Voraus begrenzt sein. Eine Mindestfrist zwischen Emission (Ausgabe an Investoren) der Anleihe und ihrem Ankauf ist einzuhalten, es dürfen nur Anleihen von Mitgliedstaaten mit Zugang zum Anleihemarkt erworben werden, die erworbenen Schuldtitel dürfen nur ausnahmsweise bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sobald die Intervention nicht mehr erforderlich ist, sind die Ankäufe zu begrenzen oder einzustellen und erworbene Schuldtitel an den Markt zurückzuführen.

Das Bundesverfassungsgericht hält fest, dass die im Rahmen der europäischen Integration bestehenden Rechte und Pflichten des Deutschen Bundestags einschließlich seiner haushaltspolitischen Gesamtverantwortung nicht beeinträchtigt werden. Das OMT-Programm der EZB enthält kein verfassungsrechtlich relevantes Risiko für das Budgetrecht des Deutschen Bundestags.

## Aus dem Wahlkreis



Schützenfest in Gifhorn



Mit Verteidigungsministerin von der Leyen in Peine

## Kontakt

### Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: (030) 22772341  
Fax: (030) 22776067

### Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Tel: (05371) 728035  
Fax: (05371) 728036

### Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine  
Tel: (05171) 7902225  
Fax: (05171) 7902226



**CDU**